

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 247.

Dienstag den 22. Oktober 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Der Wortlaut der deutschen Antwortnote an Wilson.

Die 9. Kriegsanleihe
muß unsere Kraft
stärken. Friedens-
bereit, dürfen wir nicht wehr-
los auf der Walfstatt stehen!



Ludendorff.

Das neue Polen.

In Warschau legt man sich gar keinen Zwang mehr auf. Die Kunst der Verbändnisse nach Kräften, bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit auszunutzen, erscheint als das einzige Gebot der Stunde. Wände, die man geleistet hat, werden mit echt slavischer Leichtfertigkeit gebrochen, Rücksichten, die man den noch im Lande vorhandenen Vertretern der Besatzungsmächte schuldet, schände behelste geschoben, die Grenzen, die vorläufig noch kein Wilson und kein Friedenskongreß verändert hat, mit kühnem Satz überfahren — kurz, der echte Pole zeigt sich uns, wie wir ihn von früher her ganz gut kannten. Hat er sich, seit seiner Befreiung durch deutsche und österreichische Waffen, mühsam genug verhalten, als ein guter Nachbar, als umgänglicher Mensch und Politiker aufzutreten müssen, so läßt er jetzt um so häufiger alle Masken fallen und zeigt uns sein haberkühles, leidenschaftsüberglühendes Antlitz, und seine Hand greift nach deutschem Besitz, nach deutschen Stammesgenossen. Bei uns scheint man hier und da immer noch zu zweifeln, ob Sinnestäuschungen vorliegen oder ob es den Polen wirklich ernst ist mit dem, was sie reden und was sie tun. Wir glauben, daß die volle Aufklärung gar nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Die Vorgänge in Warschau werden zugeht nur noch dadurch etwas verdunkelt, daß die Parteien sich dort um die Machtverteilung im Augenblick noch nicht einig sind. Der Regentenschaftsrat wird, weil er sein Dasein den beiden Mittelmächten verdankt und ihnen deshalb nicht mit völliger Gewissen- und Handlungsfreiheit gegenübersteht, von den radikalen Richtungen und Strömungen im Lande nicht anerkannt. Sie suchen statt dessen Anlehnung und Führung mit den polnischen Gruppen zu gewinnen, die sich seit Jahr und Tag in Paris als die allein echte und unabhängige nationale Vertretung des Polentums aufzutreten haben. Diese Kreise stehen natürlich ganz und gar auf dem Boden der Entente und wollen das Schicksal ihres Landes ausschließlich deren Händen anvertrauen. In diesem Zwiegespräch ist bis jetzt die neue Kabinettsbildung in Warschau gescheitert. Der Regentenschaftsrat dürfte danken, wenn ein wirkliches Konzentrationministerium zustandekommen soll, und dazu scheint er sich einzuweilen noch nicht entschließen zu können. Aber gleichviel, wie dieser innere Parteigewissel entschieden wird, in der Forderung des vereinigten Königreiches sind sich alle Polen einig, und das geht uns Preußen-Deutsche in Fleisch und Blut an. Ohne sich im geringsten zu genieren, trifft der Regentenschaftsrat auch bereits in aller Öffentlichkeit seine Vorbereitungen; er hat an die parlamentarischen Führer des preussischen Polentums die Einladungen ergehen lassen, nach Warschau zu kommen, um mit ihnen über die weitere Durchführung seines Aktionsprogramms, das heißt also über die Loslösung von Polen und Westpreußen — vielleicht auch von Schlesien, das scheint noch nicht ganz festzulegen — zu beraten. Man nennt die Herren Dr. Senda, Korjanta, Kulewski, Trampczowski, den Bekannten Stachel — der bekannte „Bretter des Kaffee“ — und den Grafen Soltowski. Ob die Herren dem Rufe gefolgt sind, weiß man nicht. Dieser oder jener von ihnen ist dazu ausserleben, als Minister für Polen in das polnische Kabinetts einzutreten, in ihrer Gesamtheit sollen sie aber wohl hauptsächlich darüber gebietet werden, wie man es anstellen könnte, in den polnischen Provinzen Preußens die Wahlen zum konstituierenden Landtag des Königreiches Polen vor sich gehen zu lassen. Der einfachste Weg bestünde wohl darin, die polnischen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses und Deutschen Reichstags in die Warschauer Konstituante zu berufen. Aber den reinen Grundgedanken der Demokratie entspräche ein solches Verfahren doch gar zu wenig, abzusehen davon, ob die

also Erkorenen, von denen die preussischen Volksvertreter a. B. immerhin den Eid auf die preussische Verfassung, geleistet haben, den ihnen angenommenen Verbandvertrag so ohne weiteres auf sich nehmen würden. Aber jedenfalls: man unterhandelt zwischen Warschau und Posen schon ganz frei und offen, und es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis der Regentenschaftsrat schlangenschnel über deutsches Staatsgebiet verfügen wird. Wir sollen dann vielleicht noch darüber froh sein, daß er nicht auch die polnischen Siedlungen in Rheinland-Westfalen dem neuen Polenreich einverleibt und darin einen vollständigen Beweis für seinen aufrichtigen Willen erbringt, mit uns in — Frieden und Freundschaft zu leben. Das mag grotesk klingen, bleibt aber hinter dem wirklichen Stande der Dinge gar nicht weit zurück.

Angeht die dieser Vorgänge fragt sich natürlich jeder gute Deutsche: und unsere Regierung, wo bleibt sie und was tut sie? Einweilen wird über den Abbau der Zivilverwaltung in Polen verhandelt, zugleich auch über die Beibehaltung der Okkupation, deren die polnischen Machthaber noch zu bedürfen glauben, weil einige am bolschewistischen Muster geschulte Landstroläher sich vorbereiten, zu geeigneter Stunde das Erbe des Bürgerturns anzutreten. Im übrigen aber wird die preussische Regierung kaum dem Streite weiter untätig zuschauen. Noch sind wir nicht so weit, daß der durch uns geschaffene Polenstaat sich nach Gefallen aus unserm Gebiet zur Abräumung seines Besitzstandes nach Gefallen bedienen könnte. Und die Rechte Deutschlands sind wie seine Würde und Ehre auch bei der Volksregierung so gut verwahrt wie bei allen vorhergehenden.

Vergebliche Mühe?

Genf, 19. Oktober.

In einer aus Washington übermittelten halbamtlichen Meldung der französischen Zeitungen vom 17. Oktober wird wörtlich mitgeteilt:

In der Umgebung des Präsidenten Wilson erwartet man, daß Deutschland eine weitere Note senden werde, zu dem Zweck, die Aussprüche über den Frieden fortzusetzen. Wenn das zutrifft, so darf man sicher sein, daß Deutschland sich unbedingterweise bemüht hat.

Die französischen Blätter wollen also nochmals feststellen, daß schon die letzte Note Wilsons als Ablehnung aufgefaßt war, und daß Wilson auf eine weitere Note Deutschlands kurz erklärte, er wolle überhaupt nicht verhandeln. Ob Wilson wirklich auf diesen Standpunkt Clemenceau und Lloyd George stellt, werden wir bald erfahren.

Das Berner „Intelligenzblatt“ erklärt im Gegenzug zu der französischen Meldung aus Washington: In politischen Kreisen spricht man offen davon, daß mit der Note Lansing vom 15. Oktober in Deutschland die Verhandlungen zwischen der feindlichen Mächtekoalition tatsächlich begonnen haben. Man legt diesem Umstand eine ganz besondere Bedeutung bei. Die rückhaltlose Annahme der 14 Punkte Wilsons durch Deutschland habe entgegen den anderslautenden Pressestimmen im Weissen Haus Eindruck gemacht und dem Präsidenten zum erstenmal seit Kriegsausbruch die unmittelbare Aussprache mit Deutschland ermöglicht. Es scheint nun in der Tat, daß Wilson geneigt sei, die Aussprache mit Deutschland weiterzuführen.

Wie der Friede aussehen soll.

Die englische Presse, die anfangs sich kühl zeigte, befindet sich jetzt gleich der französischen in einem Stadium der Eroberungslust. Die Londoner „Times“ widmet mehrere Spalten den Zusätzen hervorragender Persönlichkeiten, die sich gegen jeden Waffenstillstand aussprechen und eine Unterwerfung Deutschlands auf Gnade und Ungnade fordern. Bezeichnend hierfür sind die Ausführungen Lord Bredborgs, der die Herausgabe Elbfisch-Bohringen, Weigolands und des Rieker Kanals fordert. Die Geldentschädigungen müssen die Rückerstattung aller Kontributionen der vier Kriegsjahre umfassen und jede Verwundung, jede Verletzung und jede Schwächung der Produktionsfähigkeit des Bodens müsse gutgemacht werden. Diese finanziellen Vergütungen sollen sich nicht nur auf Belgien und Frankreich, sondern auch auf die Balkanstaaten beziehen. Von der vertriehenen Lomage müßte selbstverständlich Lohne für Lohne erlegt werden. Außer diesen finanziellen Entschädigungen käme noch eine allgemeine Kriegsentwädigung hinzu für familiäre Verluste der Entente. Schließlich müßte noch ein Gerichtshof eingesetzt werden, um alle Schuldigen Deutschlands persönlich zu bestrafen. Lord Bredborgs betont, daß bis zur vollen Bestrafung sämtlicher Entschädigungen Wien und Berlin und noch eine Anzahl näher zu bezeichnender Städte besetzt bleiben müßten.

Was kann Deutschland tun?

Oberst Egli schreibt in den „Basler Nachrichten“: Vorläufig leidet das deutsche Heer immer noch kräftiger Widerstand und immer noch hält die deutsche Front fest zusammen. Es lassen sich für die Weiterentwicklung der Dinge auf deutscher Seite drei Möglichkeiten denken: 1. Die deutsche Widerstandskraft nähert sich tatsächlich ihrem Ende, und der völlige Zusammenbruch Deutschlands ist in kurzer Zeit zu erwarten; 2. das deutsche Heer ist noch imstande und das deutsche Volk ist gewillt, den Kampf verteidigungsweltweise entweder in den jetzigen Stellungen oder weiter rückwärts solange fortzuführen, bis die Verbündeten letztere Friedensbedingungen stellen oder ein Ende mit Schrecken kommt und 3. die Kampfkraft des deutschen Heeres gestattet nicht nur eine weitere Abwehr der Verbündeten in der jetzigen oder einer verfrühten Aufstellung, sondern auch noch die Durchführung einzelner taktischer Offensiven. Der Ruf, der aus dem Lager der Alliierten tönt, nach einem Nachfeldzug, anstatt zu einem Verständigungsfrieden, ohne Zusicherung allseitiger Behandlung, braucht von den Deutschen noch nicht gefürchtet zu werden. Es muß angenommen werden, daß die Deutschen, wenn sie auch zu entscheidenden Siegen nicht mehr imstande sind, doch noch einen langen und sähen Widerstand werden leisten können. Dazu braucht es allerdings des feststen Willens des ganzen Landes, alles zu opfern, nur die Ehre nicht. Vor diesem Entschluß stehen heute die Vertreter des deutschen Volkes.

Die nordfranzösischen Flüchtlinge.

Wie die holländische Regierung in der Zweiten Kammer erklären ließ, hat sie umfassende Maßnahmen ergriffen für Kleidung, Ernährung und hygienische Versorgung der Flüchtlinge aus Nordfrankreich. Am 17. Oktober waren nach zuverlässigen Angaben 160 000 Flüchtlinge nach Holland unterwegs und ungefähr 80 Kilometer von der holländischen Grenze entfernt. Nur die Schwachen und Kranken werden auf Wagen befördert, die anderen müssen zu Fuß gehen. Sofort nach Passieren der holländischen Grenze werden die Flüchtlinge von Soldaten in Empfang genommen und untersucht. Gesunde werden sofort durchgelassen. Sie werden nach kleinen Ortschaften in der Provinz Brabant, Limburg usw. befördert. Man hält sie außerhalb der Stadt, wo man ihnen einen ruhigen Aufenthalt verschaffen und die Stadt vor Überfüllung schützen will. Kranke und Krankheitsverdächtige werden besonders sorgfältig behandelt. Man hat für sie besonders Einrichtungen getroffen.

Wilson's Friedensvermittlung 1917.

Frankfurt a. M., 19. Oktober.
Eine dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nachfolgende Persönlichkeit macht der Fritz. Sig. folgende Mitteilungen.

In den auf die Senatsbotschaft vom 22. Januar folgenden Tagen ließ Wilson dem Grafen Bernstorff durch einen Vertrauensmann sagen, der Präsident wolle sich erneut bemühen, den Frieden zustande zu bringen. Für diesen Zweck werde es ihm von besonderer Wichtigkeit sein, Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu erfahren. Das Telegramm Bernstorffs, das hierüber berichtete, ging am 28. Januar in Berlin ein. Damals war der uneingeschränkte Unterseebootkrieg bereits beschlossen und alle Vorbereitungen für seinen auf den 1. Februar festgesetzten Beginn waren getroffen. Ein Gegenbefehl wäre eine technische Unmöglichkeit gewesen. Graf Bernstorff, der, als er sein Telegramm abhandelte, bereits im Besitz der am 31. Januar abzugehenden Note wegen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges war und gebeten hatte, diese Note auf Grund der Mitteilungen des Wilsonschen Vertrauensmannes einstweilen zurückhalten zu dürfen, wurde in ungenügender Beantwortung seines Telegramms hieron verhandigt und beauftragt, der amerikanischen Regierung bei der Übergabe der Note zu sagen, daß die deutsche Regierung die Absicht Wilsons auf das wärmste begrüße und zur Förderung dieser Absicht ihre Friedensbedingungen dem Präsidenten zur eigenen persönlichen Information bekanntgeben. Das Friedensprogramm, das für die von den Mittelmächten am 12. Dezember 1916 vorgeschlagenen Verhandlungen aufgestellt war, wurde zu diesem Zweck in dem Telegramm an den Grafen Bernstorff eingehend entwickelt. Graf Bernstorff wurde ferner beauftragt, dem Präsidenten Wilson zu sagen, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg, da Unterseeboote mit ihrer neuen Instruktion auf dem Wege und größtenteils auch drohlos nicht erreichbar seien, aus technischen Gründen nicht abgelehnt werden könne, daß aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des Unterseebootkrieges zu geben, sobald es den Be-